

Summen können nur allmählich aufgebracht werden. Die Einführung der Bildungsförderung nach dem Berufsausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) in den neuen Bundesländern kostete 1994 etwa 456 Mio. DM und erreichte 120.000 Schüler und Studenten, also damit vorläufig eine wesentlich höhere Quote als in den alten Bundesländern. Für die Erneuerung der Hochschulen in den neuen Bundesländern standen bis Ende 1995 mindestens 2 Mrd. DM zur Verfügung. Für die Forschungsförderung wurden bis Ende 1995 ungefähr 500 Mio. DM bereitgestellt. Bis 1997 werden allein für die Schaffung von Studentenwohnraum rund 400 Mio. DM aufgewendet. Die Übergangsfinanzierung, die bis Ende 1991 den Instituten und Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften und anderer Akademien zur Verfügung stand, erreichte eine Größenordnung von insgesamt 1,3 Mrd. DM. Für die Forschung und Technologieentwicklung in den neuen Bundesländern wurden 1995 insgesamt 1,7 Mrd. DM eingesetzt.

Ich breche diese Aufzählung ab – man könnte sie fortsetzen –, weil ich nicht den Eindruck erwecken möchte, die Neustrukturierung von Wissenschaft und Bildung in den neuen Bundesländern sei allein ein finanzielles Problem. Trotzdem scheint es mir wichtig, daß die Transferleistungen und die Finanzierungsanstrengungen des Bundes, der Länder, der Kommunen und auch nichtstaatlicher Träger hier ein historisches Ausmaß erreicht haben. Mit Geld allerdings allein wäre nur wenig auszurichten gewesen. Noch sehr viel mehr als die gigantischen Geldsummen, die ich genannt habe, beeindruckten mich die vielfältigen Leistungen, die von Menschen erbracht worden sind, um den Umstrukturierungsprozeß voranzutreiben. Hier erkenne ich eine echte Gemeinschaftsleistung des vereinigten Deutschland, die nicht dadurch getrübt wird, daß es dabei auch menschliches Versagen gegeben hat und gibt. Ich verweise auf die grundlegende wichtige Arbeit der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, des Wissenschaftsrates und der Kultusministerkonferenz. Die Parlamente der neuen Bundesländer schufen bis 1991 die gesetzlichen Grundlagen für Reformen im Schulwesen. Allein im Land Mecklenburg-Vorpommern mußten ungefähr 500 Lehrpläne für die beruflichen Schulen erarbeitet werden. In den anderen neuen Bundesländern sind vergleichbare Zahlen festzustellen. Die in den Details oft schwierige Anerkennung der Abiturzeugnisse und anderer Berufsabschlüsse über Ländergrenzen hinweg konnte geregelt werden. Ganz besonders wichtig ist es mir, daß es gelang, die Benachteiligtenförderung, die es – wie auch den Beruf des Sozialpädagogen – in der DDR nicht gegeben hatte, unter Mitwirkung freier Träger auf eine feste Grundlage zu stellen. Ebenso wichtig finde ich, daß keiner der ca. 6.500 ausländischen Stipendiaten aus 95 Staaten und der etwa 1.200 im Ausland studierenden Bürger aus den neuen Bundesländern sein Studium abbrechen mußte.

In der Phase der Umgestaltung wirkten an den Universitäten und Hochschulen der neuen Bundesländer 630 Gastprofessoren. Daneben wurden 1.450 Lehraufträge und Lehrstuhlvertretungen finanziert, und etwa 370 Gründungsprofes-

soren und -rektoren leisteten Aufbauhilfe an Universitäten und Fachhochschulen der neuen Bundesländer. Was die Lehrerschaft und die Wissenschaftler, die sich in ungewohnte gesellschaftliche Verhältnisse, neue soziale Systeme und neue Lehrinhalte hineinfinden mußten, in den Jahren der Umgestaltung menschlich und sachlich geleistet haben, entzieht sich weithin der statistischen Aufrechnung. Es waren insgesamt Hunderttausende, die sich in völlig neue Verhältnisse hineinfinden und hineinarbeiten mußten und das auch getan haben. Wir sollten das nicht übersehen!

Die Freude über schon Erreichtes darf nun allerdings unseren Blick auch nicht trüben für all das, was erst noch getan werden muß. Manchmal habe ich den Eindruck, anstelle jedes zufriedenstellend gelösten Problems werden gleich zehn neue sichtbar. Auch die Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ wird hier keine Patentrezepte vorschlagen, wir werden sie auch heute bei dieser Anhörung nicht entwickeln können. Unsere Anhörung wird aber, da bin ich ganz sicher, deutlich machen, wo die eigentliche Stärke unserer demokratischen Gesellschaft liegt: In dieser demokratischen Gesellschaft dürfen Probleme offen benannt, darf über Lösungsmöglichkeiten diskutiert und auch gestritten werden. Das ist oft recht anstrengend, macht zugleich aber immer wieder deutlich: Wir alle tragen Verantwortung. Ruhe ist nicht mehr die erste Bürgerpflicht. Wir brauchen die Gestaltung unserer Zukunft nicht mehr der Weisheit irgendwelcher ZK-Geontokraten zu überlassen, sondern sind aufgefordert, uns zu beteiligen, uns einzumischen, nachzufragen, Vorschläge zu erarbeiten und zu unterbreiten. Ich hoffe, daß unsere heutige Anhörung, der ich von hier aus ein gutes Gelingen wünsche, einen weiteren Beitrag zur Überwindung der Folgen der SED-Diktatur auch im Bereich von Wissenschaft und Bildung zu leisten vermag.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte nun den ersten der von uns eingeladenen, Herrn Professor Oskar Anweiler aus Bochum, um seinen Beitrag zum Thema „Die politische Instrumentalisierung von Bildung und Wissenschaft in der DDR und ihre Folgen“. Bitte, Herr Professor.

Prof. Dr. Oskar Anweiler: Das Thema, um das man mich im Einleitungsreferat gebeten hat – „Die politische Instrumentalisierung von Bildung und Wissenschaft in der DDR und ihre Folgen“ –, ist kein neues Thema. Daß Bildung und Wissenschaft in der DDR politisch instrumentalisiert worden sind, ist unumstritten; diskutiert und teilweise unterschiedlich beurteilt wird jedoch, in welchem Ausmaß das geschah, wie die Auswirkungen auf die einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen oder auf die Schule waren und mit welchen Folgen wir vielleicht heute noch rechnen müssen. Was ich Ihnen im folgenden vortragen möchte, beruht auf einer über dreißigjährigen wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Bildungspolitik und der pädagogischen Entwicklung in den ehemals kommunistisch regierten Staaten Osteuropas, vornehmlich der Sowjetunion, Polens und der DDR. Ich erwähne das, weil es keine isolierte Entwicklung in dem zweiten deutschen Staat gegeben hat, und daß deswegen viele